

Gerüstet für die »Zeitenwende«? Japans Wirtschaft im Schatten globaler Krisen

Frank Rövekamp

Ready for the »New Era«? Japan's Economy in the Shadow of Global Crises

The COVID-19 pandemic and the war in Ukraine have significantly contributed to a politicization of global trade and investment, which undermines the principles of market liberalism and anti-discrimination. This has various consequences for Japan as a major trading nation. An important part of fossil fuels is imported from Russia. By diversifying sources and increasing the use of nuclear energy again, Japan may avoid an outright energy crisis, but the price level for energy is set to increase. Trade with China, Japan's biggest trading partner, will also undergo changes because of security concerns, which will put further pressure on prices for various goods and services. The effects are already visible with an inflation rate of about 2.5% and an erosion of the Yen/US Dollar exchange rate. Conventional economic policy would dictate an increase in interest rates under such circumstances, but the Bank of Japan (BOJ) is determined to keep them near zero. If the BOJ were to increase rates, a fiscal crisis may ensue, as about half of the national state budget is financed by the BOJ. The trade-off between price stability and fiscal sustainability may thus force Japan to reform its fiscal and economic policy or to face economic decline.

1 Einführung

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist viel von einer globalen »Zeitenwende« die Rede, mit der unterschiedliche Bedeutungen verbunden sein können. Auf der politischen Ebene wird damit häufig ein Rückfall in den »Kalten Krieg« suggeriert, der über 40 Jahre bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1990 das Weltgeschehen dominierte.

Für die Zwecke dieses Beitrages zur wirtschaftlichen Entwicklung Japans soll der Begriff auf der ökonomischen Ebene jedoch klarer gefasst werden: Wichtige Teile des internationalen Handels und internationaler Investitionen werden auf absehbare Zeit von politischen Erwägungen dominiert, hinter denen wirtschaftliche Kalküle im Zweifelsfall zurücktreten müssen.

Der ganz überwiegende Teil des Welthandels wird formal weiter auf Basis der Regeln der World Trade Organization (WTO) und des dieser unterliegenden Vertragsystems GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) abgewickelt. Die leitenden Prinzipien von WTO und GATT sind wiederum *Marktliberalismus* und *Anti-Diskriminierung* (Oatley 2019: 22–28). Dabei drückt Marktliberalismus die Überzeugung aus, dass freier Handel für alle beteiligten Länder gewinnbringend ist, während Protektionismus lediglich Partikularinteressen zu schützen vermag, aber die Gesamtwohlfahrt, auch des protektionistischen Staates, mindert. Anti-Diskriminierung bedeutet, dass möglichst alle Länder der WTO gleichermaßen an weiteren Handelsliberalisierungen partizipieren sollen. Ein Vorpreschen einzelner Staaten ist zwar grundsätzlich erlaubt, darf aber nicht zu Lasten anderer Mitglieder gehen.

Ohne Zweifel wurden die Prinzipien des Marktliberalismus und der Anti-Diskriminierung bereits seit der globalen Finanzkrise von 2008/09 durch wachsende protektionistische Tendenzen in Frage gestellt. Während der Amtszeit des US-amerikanischen Präsidenten Trump wurde die Handelspolitik darüber hinaus zunehmend, etwa durch die Verhängung von Strafzöllen auf chinesische Importe oder durch den Rückzug aus den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen *Transpazifische Partnerschaft* (TPP), politisiert. Die Corona-Pandemie brachte weitere Herausforderungen, insbesondere logistischer Art, die zusätzliche Zweifel an der Zuverlässigkeit globaler Lieferketten schürten. Dennoch wurden diese Tendenzen in weiten Teilen als »vorübergehend« betrachtet, verbunden mit der Hoffnung, dass politische Veränderungen und ein postpandemischer Aufschwung auch das multilaterale Handelsregime wieder stärken sollten (Fuest 2020: 225–239).

Der Krieg in der Ukraine hat diese Hoffnung jedoch zunichte gemacht. Russland, nicht nur das flächenmäßig größte Land der Erde, sondern auch maßgebliches Reservoir diverser fossiler, metallischer und mineralischer Rohstoffe, wird auf absehbare Zeit aus dem prinzipiengeleiteten multilateralen Handelsnetzwerk ausscheiden. Auch der Handel mit China steht, nicht zuletzt aufgrund seiner »Neutralität« gegenüber Russland, aber auch aufgrund eigener territorialer Ambitionen im Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan, zunehmend in einem politischen Kontext. Eine vorübergehende Natur dieser Megatrends, die tiefgreifende ökonomische Konsequenzen für alle offenen Volkswirtschaften haben, ist kaum mehr anzunehmen.

Dieser Beitrag befasst sich mit den möglichen Konsequenzen dieser Zäsur für Japan. Dabei wird zunächst auf die Lage der Wirtschaft des Landes am Vorabend des Ukraine-Krieges eingegangen. Anschließend werden die Konsequenzen der »Zeitenwende« für den Außenhandel des Landes und für die Energiepolitik einerseits und für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau andererseits beleuchtet. Die fiskal- und geldpolitische Kapazität, um die daraus resultierenden Wachstumseinbrüche abzufedern, ist Gegenstand des folgenden Kapitels. Schließlich werden einige plausible Szenarien für die weitere Entwicklung aufgezeigt.

2 Die Konsequenzen der Corona-Pandemie

Wie in den anderen führenden Industrieländern führte die Coronapandemie ab dem Frühjahr 2020 zu spürbaren Einschränkungen in Japan, die auch einschneidende wirtschaftliche Konsequenzen hatten. Zwar wurde kein genereller Lockdown mit Ausgangssperren und flächendeckenden Geschäftsschließungen verfügt, aber die Außengrenzen wurden weitgehend geschlossen und die interne Mobilität stark eingeschränkt. Universitäten etwa schlossen ihre Campus und stellten um auf Online-Lehre, während auch Unternehmen die Präsenzzeiten im Büro drastisch reduzierten und erstmals im größeren Umfang Homeoffice-Aktivitäten akzeptiert und praktiziert wurden.¹

Die Pandemie zog einen Wachstumseinbruch nach sich und hatte nach zweieinhalb Jahren folgende maßgebliche Konsequenzen (Heckel und Waldenberger 2020: 155–160):

- Weltweit kam es zu Engpässen in den Lieferketten, die wiederum Produktionsstillstände zur Folge hatten, wenn kritische Teile wie Chips oder andere industrielle Materialien nicht zur Verfügung standen.
- Härter noch als Industrieunternehmen waren Unternehmen im Sektorservice betroffen. Im besonderen Maße galt und gilt dies noch für den Tourismussektor, der vor allem auch von den Grenzschließungen betroffen ist. Ausländische Touristen waren vor der Pandemie zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. So besuchten alleine im vorpandemischen Jahr 2019 etwa 31,8 Mio. Menschen aus dem Ausland Japan (MIAC 2022: 348). Der Tourismusbereich war damit ein Hoffnungsträger für viele ländliche Gebiete fern

¹ Exemplifiziert wird dies durch das Aufkommen und die wachsende Popularität von sog. »Pajama-Suits«, d. h. optisch nach Geschäftsanzügen gestylten Schlafanzügen, die es ermöglichen, direkt aus dem Bett oder Futon heraus an Online-Meetings und dergleichen teilzunehmen (Aoki 2022).

der großen Zentren wie Tōkyō und Ōsaka. Im Jahr 2020 schrumpfte die Zahl der Besucher auf ca. 4,1 Mio., wobei der überwiegende Teil davon noch vor Verhängung der Einreiserestriktionen ins Land kam (MIAC 2022: 348).²

- Besonders hart betroffen waren kleine und mittlere Unternehmen, oft im Familieneigentum, im Vergleich zu Großunternehmen. Die Probleme haben zwar den Weg für zahlreiche innovative Lösungen wie etwa die Umfunktionierung von Hotelräumen zu Tagesbüros bereitet; eine weitgehende Geschäftssicherung war damit jedoch nicht verbunden.

3 Japans Wirtschaft am Vorabend des Ukraine-Kriegs

Um ein Abrutschen in eine tiefgreifende Rezession durch die Pandemie zu verhindern, steuerte die japanische Regierung mit umfangreichen Notprogrammen gegen, die signifikante Steuererleichterungen und Subventionen umfassten. Dadurch vergrößerten sich die Haushaltsdefizite und die bereits sehr hohe Staatsverschuldung ist weitergewachsen (Ogawa 2022: 174–180).

Die Bank of Japan (BOJ), die japanische Zentralbank, flankierte die staatlichen Maßnahmen durch Sonderprogramme für in Liquiditätsproblemen befindliche Unternehmen (Heckel und Waldenberger 2020: 164–166). Daneben spielte und spielt die BOJ eine maßgebliche Rolle bei der Staatsfinanzierung durch den fortgesetzten Ankauf von Staatsanleihen und ihre Politik der »Yield Curve Control«, die dafür Sorge tragen soll, dass nicht nur die Zinsen für kurzfristige, sondern auch für langfristige Kredite stabil und niedrig bleiben (Ogawa 2022: 183–186).

All dies geschah unter der Voraussetzung, dass die steigende Verschuldung und die weiter anwachsende Bilanzsumme der BOJ keine unmittelbaren Probleme bereiten würden. Denn die Mechanismen waren seit 2013, dem Beginn der »Abenomics«, etabliert und entgegen den Warnungen und Vorhersagen vieler Ökonomen (z. B. Tiefenbach 2015) kam es weder zu Verwerfungen in den Finanzmärkten noch zu nennenswertem inflatorischen Druck (Rövekamp 2017). Noch nicht einmal die 2 % Inflation, die letztlich das offizielle Ziel der BOJ-Politik sind, wurden bisher nachhaltig erreicht.

So hat die Pandemie zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen geführt, die letztlich jedoch zunächst im Rahmen der etablierten fiskal- und geldpolitischen Mechanismen bewältigbar blieben. Der erwartete Aufschwung nach dem Abflauen der Pandemie sollte zudem dazu beitragen, die Haushaltsdefizite wieder einzudämmen und die Wirtschaft in »normale Bahnen« zu lenken.

² Am Beispiel von Kyōto wird diese Entwicklung und deren Konsequenzen eindrucksvoll von Fuess (2020) dokumentiert.

4 Die Auswirkungen des Krieges

Nach dem Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022 schloss sich Japan grundsätzlich allen internationalen Sanktionen gegen Russland an. Damit endeten schlagartig alle normalen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Unmittelbare Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern waren nicht zu verzeichnen. Dennoch war klar, dass die Beziehungen insbesondere zu China nicht unberührt bleiben würden. So zeigt auch die Einrichtung eines Ministeriums für »Nationale ökonomische Sicherheit« (Kölling 2022), dass wichtige Teile des Handels nicht mehr in erster Linie von den WTO-Prinzipien *Marktliberalismus* und *Anti-Diskriminierung* geleitet werden, sondern dass auch (sicherheits-)politischen Erwägungen inzwischen eine überragende Bedeutung zukommt.

Im Weiteren wird zunächst untersucht, welche Auswirkungen und Risiken aus dem handelspolitischen Paradigmenwechsel erwachsen. Abgeleitet daraus werden exemplarisch mögliche Konsequenzen für die Energiepolitik als Fundament der breiten wirtschaftlichen Tätigkeit dargelegt. Schließlich werden makroökonomische Konsequenzen insbesondere mit Blick auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau betrachtet.

4.1 Die Auswirkungen des Krieges auf die Handelsbeziehungen

Russland

Das Handelsvolumen mit Russland betrug im vorpandemischen Jahr 2019 2,3 Bio. Yen, was einem Anteil von 1,5 % des gesamten japanischen Außenhandels entspricht. Das erscheint auf den ersten Blick überschaubar, jedoch bezieht Japan einen beträchtlichen Anteil von Rohstoffen aus Russland, für die nicht ohne weiteres, vor allem nicht »preisneutral«, auf andere Quellen ausgewichen werden kann (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Japans Außenhandel mit Russland 2019, in Mio. Yen

Exporte	
Maschinen und Fahrzeuge	633.983
Sonst.	148.609
Summe Exporte	782.592
Importe	
Brennstoffe, Rohstoffe	1.159.549
Sonst.	401.087
Summe Importe	1.560.636

Quelle: MIAC (2022: 172–175).

Der russische Anteil an den Importen von Brennstoffen beträgt rund 6,4 %. Damit ist die Abhängigkeit bei weitem nicht so groß wie die von Deutschland, dennoch müssen erhebliche Preissteigerungen in Kauf genommen werden, um im Zuge der Diversifizierung von Quellen Versorgungsengpässe zu vermeiden. Das ist auch der Grund, warum Japan trotz der Sanktionen gegen Russland an den Gasexplorationsprojekten auf der Insel Sachalin festhält, aus denen sich westliche Unternehmen wie Shell und Exxon zurückgezogen haben (JT 16.07.2022).

China

Der Handel mit China spielt eine ungleich größere Rolle für Japan als der mit Russland. 21,3 % des gesamten Handelsvolumens in Höhe von 155 Bio. Yen fällt auf den chinesisch-japanischen Austausch. Anders als im Fall Russlands sind zudem alle Güterklassen vom technischen High-end-Produkt bis zu Rohstoffen betroffen (vgl. Tabelle 2):

Tabelle 2: Japans Außenhandel mit China 2019, in Mio. Yen

Exporte	
Maschinen und Fahrzeuge	7.941.704
Fertigprodukte	1.666.478
Chemikalien	2.542.237
Sonst.	2.531.526
Summe Exporte	14.681.945
Importe	
Brennstoffe, Rohstoffe	350.092
Maschinen und Fahrzeuge	9.166.954
Fertigprodukte	2.209.105
Chemikalien	1.195.933
Nahrungsmittel	899.508
Sonst.	4.632.139
Summe Importe	18.453.731

Quelle: MIAC (2022: 172–175).

Japan ist somit massiv vom Chinahandel abhängig. Zwar betreiben Großunternehmen wie etwa Toyota eine sehr viel umsichtiger Risikopolitik gegenüber China als das insbesondere für einige deutsche Unternehmen der Fall ist (Rö-

vekamp et al. 2022), aber am Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Verflechtung ändert das nichts. Anders als im Falle Russlands würde ein plötzlicher Paradigmenwechsel im Falle Chinas auch zu massiven Konsequenzen für exportierende Unternehmen führen.

Wenn auch der Handel mit China durch den Ukraine-Krieg nicht unmittelbar betroffen ist, so hat dieser Konflikt bereits bestehende Tendenzen³ verstärkt, Lieferketten aus China zu repatriieren oder auf andere Länder zu diversifizieren. Diese Bemühungen werden auch offiziell von staatlicher Seite unterstützt (Kölling 2022). In der Summe wird dies ebenfalls in Richtung auf ein steigendes gesamtwirtschaftliches Preisniveau führen.

4.2 Die Auswirkungen des Krieges auf die Energiepolitik

Die japanische Energiepolitik ist seit jeher geprägt von der Insellage Japans. Strom- oder Gasleitungen in benachbarte Länder gibt es nicht. Die Importabhängigkeit für fossile Brennstoffe ist nahezu vollständig. Frühzeitig wurde daher auf die Atomkraft als sichere Energiequelle gesetzt, die jedoch mit dem Unfall von Fukushima im Jahre 2011 in eine Krise geraten ist. Als Folge davon sind bisher nur neun der 35 funktionsfähigen Nuklearreaktoren im Betrieb. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat seit 2011 deutliche Fortschritte gemacht, wird jedoch durch Regularien und staatliche Unterstützung deutlich weniger gefördert als in Deutschland (Koizumi 2018: 77–97).

Der für das Jahr 2030 von der japanischen Regierung angestrebte Stromenergie-Mix wird in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Ziel-Strommix der japanischen Regierung für das Jahr 2030

Erneuerbare Energien	36–38 %
Wasserstoff	1 %
Atomenergie	20–22 %
Gas (LNG)	20 %
Kohle	19 %
Öl	2 %

Quelle: METI (2021: 12).

³ Insbesondere die Zero-COVID-Strategie der chinesischen Regierung hat diesen Tendenzen Aufschub gegeben.

Der Krieg dürfte an diesem Zielmix nichts ändern, er dürfte sich jedoch wie folgt auf die Umsetzung auswirken:

- Der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Atomkraft schwächt sich ab. Neueste Umfragen zeigen, dass erstmals seit dem Unfall von 2011 eine Mehrheit der Bevölkerung die fortgesetzte Nutzung der Kernenergie befürwortet. Die Regierung Kishida hat inzwischen auch offiziell Ausbaupläne für die Atomkraft angekündigt (NA 24.08.2022). Zwar bleibt der Widerstand der lokalen Bevölkerung an vielen Standorten groß, aber eine schrittweise Ausweitung der Kernenergienutzung ist zu erwarten (JT 15.07.2022). Der Zielanteil am Strommix von 20–22 %, der bisher als unrealistisch erschien, rückt damit in den Bereich des Möglichen.
- Der Einfluss auf den Ausbau der erneuerbaren Energien dürfte eher gering bleiben. Die verhaltene öffentliche Förderung der Projekte steht im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung. Denn nach anfänglicher Euphorie hat sich auch eine gewisse Skepsis gegen Windräder und Solarzellen, die nach verbreiteter Auffassung Landschaften verschandeln und anfällig gegen Naturereignisse wie Taifune und Erdbeben sind, breit gemacht.
- Auch die Importstruktur fossiler Brennstoffe dürfte eher stabil bleiben. Im Bewusstsein der strukturellen Importabhängigkeit verfügt Japan – ganz im Gegensatz zu Deutschland – über eine gut ausgebaute Infrastruktur für den Direktimport von Flüssiggas (LNG), sodass die Umstellung auf andere Lieferanten als Russland zu keinen technischen und logistischen Problemen führt.

Insgesamt erscheint die japanische Energieversorgung trotz der Insellage Japans weniger stark gefährdet als die von Deutschland. Auch die Ziele für den Energiemix dürften nicht direkt betroffen sein. Nicht gefeit dagegen ist auch Japan gegen die signifikanten Preissteigerungen für fossile Energieträger.

4.3 Die Auswirkungen des Krieges auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau

Seit dem Ende der Blasenwirtschaft in den 1990er Jahre leidet Japan unter deflationistischen Tendenzen, die – korrekt oder nicht – auch für eine generelle Wachstumschwäche verantwortlich gemacht werden. Im Zuge der »Abenomics« hat die BOJ daher ein Inflationsziel von 2 % gesetzt und verfolgt dieses Ziel seit etwa 10 Jahren durch eine beispiellose Ausweitung der Geldmenge. Bis einschließlich 2021 war den Maßnahmen jedoch kein nachhaltiger Erfolg beschieden, wie ein Blick auf die Inflationsraten der vergangenen Jahre zeigt (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Inflationsraten (CPI) Japan⁴

2010	2011	2012	2013	2014	2015
-0,7 %	-0,3 %	0	0,4 %	2,7 %	0,8 %
2016	2017	2018	2019	2020	2021
-0,1 %	0,5 %	1 %	0,5 %	0	-0,3 %

Quelle: OECD (2022a).

Schon seit Ausbruch der Corona-Pandemie und der dadurch verursachten Friktionen in den Lieferketten ist eine weltweite Teuerung zu verzeichnen. Diese wurde jedoch weitgehend als vorübergehend erachtet (Fuest 2020: 117–123) und führte – anders als in den meisten anderen Industrieländern – in Japan noch zu keinem Preisauftrieb über 2 %. Der Krieg in der Ukraine und der dadurch verursachte drastische Preisanstieg bei fossilen Energieträgern und Nahrungsmitteln hat dies jedoch nachhaltig verändert. Die jüngsten Inflationsraten in Japan liegen bei 2,5 % (OECD 2022a), und es wird nicht mit einem Abflauen der Tendenz steigender Preise gerechnet. Damit hätte die BOJ ihr geldpolitisches Ziel erreicht und müsste bei einem weiteren Preisanstieg eigentlich mit einer Straffung der Geldpolitik gegensteuern. Dies führt zu der Frage, mit welchen weiteren gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen das verbunden wäre. Dieser wird im nächsten Kapitel nachgegangen.

5 Fiskal- und geldpolitische Spielräume der Krisenbewältigung

Ein nachhaltiger über dem Ziel von 2 % liegender Preisanstieg wäre mit drastischen Konsequenzen für die Geld- und Fiskal-, d. h. die staatliche Ein- und Ausgabenpolitik, verbunden. Denn diese eigentlich klar abgegrenzten Politikräume sind in Japan wie in kaum einem anderen Land der Welt zusammengewachsen. Der grundsätzliche Mechanismus dahinter verläuft spätestens seit dem Jahre 2013 quasi »automatisiert« ab:

Der japanische Staatshaushalt in Höhe von über 100 Bio. Yen ist nur zu etwa 50 % durch Steuern finanziert, die restlichen Mittel werden durch die Ausgabe von Staatsanleihen (Japanese Government Bonds, JGB) als Kredite aufgebracht (OECD 2022b). Einmal ausgegeben, wird ein Großteil dieser Staatsanleihen an die BOJ weitergereicht, die diese einfach mit frisch »gedrucktem« Geld finanziert.

Offiziell tut das die BOJ, da auf diese Weise die Geldmenge ausgeweitet wird, was ja lediglich dem Ziel diene, das Inflationsziel von 2 % zu erreichen. De facto wird

⁴ Die hohe Inflationsrate im Jahr 2014 ist auf den Einmaleffekt der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 10 % zurückzuführen.

damit aber Staatsfinanzierung betrieben, die eigentlich verboten ist.⁵ Das kümmert inzwischen jedoch kaum noch jemanden. Denn auch viele Ökonomen, die diese Vorgehensweise zunächst sehr kritisch kommentierten und ein schnelles Scheitern vorausgesagt hatten, mussten feststellen, dass dieses Verfahren für eine lange Zeit funktionieren kann (Rövekamp 2017), damit vielleicht sogar quasi ein »wirtschafts-politisches Perpetuum Mobile« geschaffen wurde.

Der Prozess mag jedoch tatsächlich an seine Grenzen gelangen, wenn das Inflationsziel von 2 % nachhaltig erreicht ist, denn dann müsste die BOJ aus dem Ankaufsprogramm aussteigen. Der Staat müsste dann auf andere Finanzierungsquellen setzen, was zumindest drastische Zinssteigerungen zur Folge hätte, die schnell in eine Haushaltskrise führen könnten. So hat der Gouverneur der BOJ, Haruhiko Kuroda, jüngst auch verkündet, dass die Bank das Ziel noch lange nicht erreicht sehe, da die aktuellen Inflationsraten sich noch nicht in den Erwartungen der Menschen verankert hätten (Kuroda 2022).

Es wachsen jedoch die Zweifel, ob der Kurs der BOJ so durchzuhalten ist. Dies hat bereits zu sogenannten »spekulativen Attacken« insbesondere ausländischer Investoren geführt. Diese haben darauf gesetzt, dass zunächst die langfristigen Zinsen steigen werden. Langfristige Staatsanleihen würden dann im Wert verlieren. Damit das nicht eintritt, sah sich die BOJ veranlasst, selbst nochmal im Markt zu intervenieren und den Wert der Staatsanleihen durch zusätzliche Ankäufe zu stützen (*Bloomberg* 28.06.2022). Das funktionierte zwar zunächst, aber im Nebeneffekt wurde die Geldmenge noch stärker ausgeweitet, was wiederum die Inflation noch weiter anheizen könnte.

Ein weiterer Nebeneffekt des BOJ-Kurses, nämlich der Verfall des Wechselkurses, ist inzwischen sehr deutlich spürbar. Im Durchschnitt des Jahres 2021 lag der Wechselkurs bei 110 Yen für 1 US \$, kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges bei 115 Yen und im September 2022 bei über 140 Yen. Denn da andere Zentralbanken auf der Welt inzwischen auf den inflatorischen Druck reagieren und die Zinsen erhöhen, wächst der Zinsunterschied zwischen Japan und den anderen Ländern. Das veranlasst Investoren, sich von japanischen Assets zu trennen, ihre Yen entsprechend in Dollar und andere Währungen zu tauschen, um dort höhere Erträge zu erwirtschaften. Der schwache Wechselkurs schließlich, wiewohl zunächst ein Segen für Exporteure, verteuert weiter die Importe und wirkt damit zusätzlich preistreibend.

⁵ Das Verbot wird eben dadurch umgangen, dass die BOJ Anleihen nicht direkt bei Ausgabe vom Staat kauft, sondern diese erst an private Investoren gehen. Die BOJ übernimmt dann erst im zweiten Schritt, über den sog. Sekundärmarkt, die Anleihen in ihr Portfolio. Ähnlich verläuft es im Übrigen auch in Europa, wenn auch im geringeren Umfang.

Das »wirtschaftspolitische Perpetuum Mobile« der geld- und fiskalpolitischen Verschmelzung droht so in einen veritablen Teufelskreis abzugleiten. Auch wenn nicht klar ist, ob und vor allem wann es so weit kommt, und wie die genauen Auswirkungen aussehen werden, lässt sich feststellen: Die Kapazität des Staates, Krisen wie die Corona-Pandemie und die Folgen des Ukraine-Krieges durch großzügige Ausgabenprogramme ohne schmerzhaft Einschnitte für die Bevölkerung abzufedern, stößt an ihre Grenzen.

6 Fazit und Ausblick

Während die Corona-Pandemie schwerwiegende konjunkturelle Konsequenzen nach sich zog, hat der Krieg in der Ukraine einen vermutlich sehr langfristig wirkenden Paradigmenwechsel herbeigeführt. Der internationale Handel steht für signifikante Teile der Welt nicht mehr unter der Überschrift von Marktliberalisierung und Anti-Diskriminierung, und wird damit zunehmend zu einem Teil des politischen bzw. sicherheitspolitischen Arsenal um geopolitische Dominanz ringender Kräfte. Die Situation ähnelt der in den 1930er Jahren.

Als Konsequenz daraus ist mit schwächerem globalem Wachstum und überraschenden Wendungen im internationalen Handel zu rechnen, die eine verlässliche Außenhandelspolitik erschweren. Das weiterhin zieht spürbaren inflatorischen Druck nach sich.

In Japan droht vermutlich keine unmittelbare Energiekrise mit all ihren drastischen auch gesellschaftlichen Konsequenzen, aber die Fähigkeit durch staatliche Ausgabenprogramme die Bevölkerung vor künftigen Erschütterungen abzuschirmen, sinkt.

In diesem Kontext haben inkrementale Ansätze wie der vom jetzigen Premierminister Kishida ausgerufene »New Capitalism« nur wenig Wirkung. Denn letztlich geht es hier lediglich darum, durch etwas mehr staatliche Regulierung und Umverteilung wahrgenommene Wohlstandsunterschiede in der Bevölkerung abzumildern (Kishida 23.06.2022).

Einen positiveren Einfluss haben da vermutlich schon die durch die Corona-Krise ausgelösten Veränderungen. Der Trend zu mehr Online-Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz von Home-Offices könnten einen Weg aus der Überkonzentration der Bevölkerung in den großen Ballungsräumen wie Tōkyō und Ōsaka weisen (*Japan Today* 17.07.2022). Verbunden mit neuen Geschäftsmodellen in den Service-Industrien ist damit vielleicht der Boden für eine dringend erforderliche Revitalisierung von ländlichen Gebieten bereitet.

Das allein wird nicht hinreichend sein, und Reformen der Sozialversicherungssysteme, die maßgeblich für die stetigen Ausgabensteigerungen im Staatshaushalt verantwortlich sind, dürften über kurz oder lang nicht zu vermeiden sein. Auch ein klug designtes Einwanderungsprogramm könnte die Systeme entlasten und überdies dazu beitragen, die Vitalität und Innovationskraft japanischer Unternehmen zu erhalten.

Krisenhafte Zuspitzungen der Wirtschaftslage in Japan sind auch nach der »Zeitenwende« weniger zu erwarten als in anderen Ländern. Aber der absehbare Verlust fiskalpolitischer Handlungsfähigkeit erhöht die Dringlichkeit einschneidender Reformen, um ein Absinken des Wohlstandsniveaus zu vermeiden oder zumindest abzufedern.

Literatur

- Aoki (2022), »10-man Chaku Toppa!! Shijidai no Zokkon Sūtsu« [Bereits mehr als 100.000 Stück verkauft!! Die Anzüge zum Verlieben des neuen Zeitalters], <https://www.aoki-style.com/feature/pajamasuit/> (10.08.2022).
- Bloomberg (28.06.2022), »BOJ's Attack on Speculators Leads to Futures Liquidity Drying Up«, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-06-28/boj-s-attack-on-speculators-leads-to-futures-liquidity-drying-up> (11.08.2022).
- Fuess, Harald (2020), »Kommt auf keinen Fall nach Kyōto: Von Touristenschwemme zu Touristenmangel in Japan, 2011–2020«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2020: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 250–282.
- Fuest, Clemens (2020), *Wie wir unsere Wirtschaft retten: Der Weg aus der Corona-Krise*, Berlin: Aufbau Verlag.
- Heckel, Markus und Franz Waldenberger (2020), »Japans Wirtschaft in der COVID-19-Krise«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2020: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 190–208.
- Japan Today* (17.07.2022), »True Balance: Japan's Quiet Telework Revolution«, <https://japantoday.com/category/business/'true-balance'-japan's-quiet-telework-revolution> (20.07.2022).
- JT (Japan Times)* (15.07.2022), »Kishida Sets High Nuclear Power Target that Japan May Struggle to Meet«, <https://www.japantimes.co.jp/news/2022/07/15/national/kishida-nuclear-power-plants-online-winter/> (25.08.2022).
- JT (Japan Times)* (16.07.2022), »Japan Aims to Maintain Stakes in Russia's Sakhalin-2 Energy Project«, <https://www.japantimes.co.jp/news/2022/07/16/business/russia-japan-sakhalin-lng/> (11.08.2022).

- Kishida, Fumio (23.06.2022), *PM Kishida's Speech on the New Form of Capitalism and Why Japan Is a »Buy«*, https://www.japan.go.jp/kizuna/2022/06/why_japan_is_a_buy.html (11.08.2022).
- Kölling, Martin (2022), »Japan macht wirtschaftliche Sicherheit zur Chefsache«, in: *Japan Markt*, 1: 12–18.
- Koizumi, Junichirō (2018), *Genpatsu Zero, Yareba Dekiru* [Ausstieg aus der Kernenergie: Wenn man es versucht, geht es auch], Tōkyō: Ōta Shuppan.
- Kuroda, Haruhiko (2022), *Japan's Inflation Dynamics and the Role of Monetary Policy* (Speech at Columbia University in New York), Tōkyō: BOJ (Bank of Japan).
- METI (Ministry of Economy, Trade and Industry) (2021), *Outline of Strategic Energy Plan*, https://www.enecho.meti.go.jp/en/category/others/basic_plan/pdf/6th_outline.pdf (10.08.2022).
- MIAC (Statistics Bureau, Ministry of Internal Affairs and Communications) (2022), *Japan Statistical Yearbook 2022*, <https://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/71nenkan/index.html> (25.08.2022).
- NA (*Nikkei Asia*) (24.08.2022), »Japan PM Kishida Order New Nuclear Power Plant Construction«, <https://asia.nikkei.com/Politics/Japan-PM-Kishida-orders-new-nuclear-power-plant-construction> (17.09.2022).
- Oatley, Thomas (2019), *International Political Economy*, London: Routledge.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2022a), *OECD Data Inflation (CPI)*, doi: 10.1787/eee82e6e-en (10.08.2022).
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2022b), *OECD Central government spending*, doi: 10.1787/77079edb-en (11.08.2022).
- Ogawa, Eiji (2022), »The Case of Japan«, in: Bernadette Andreosso-O'Callaghan, Woosik Moon and Wook Sohn (Hg.), *Economic Policy and the COVID-19 Crisis: The Macroeconomic Response in the US, Europe and East Asia*, London: Routledge, S. 165–187.
- Rövekamp, Frank (2017), »Japan im ökonomischen Gesundheitscheck: Krise der Wirtschaft oder Krise der Wissenschaft?«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2017: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 125–142.
- Rövekamp, Frank, Paul Bethé und Leonie Michelfelder (2022), »Unternehmerisches Risikomanagement in China: Ein deutsch-japanischer Vergleich«, in: *Japan Markt*, 1: 24–27.
- Tiefenbach, Tim (2015), »Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2015: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 203–221.